



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Tim Pargent, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuschüsse für den ÖPNV im Landkreis und in der Stadt Ansbach
(Kap. 09 06 Tit. 633 60)**

Drs. 19/9020

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderung/en vorgenommen:

In Kap. 09 06 wird der Ansatz im Tit. 633 60 (Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie an Sonstige für ergänzende Maßnahmen des allgemeinen ÖPNV) für das Jahr 2026 von 21.000,0 Tsd. Euro um 5.000,0 Tsd. Euro auf 26.000,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Das Defizit im Bereich ÖPNV im Landkreis Ansbach hat sich in den vergangenen Jahren sprunghaft erhöht. Der Zuschussbedarf des Landkreises für den ÖPNV lag im Jahr 2024 bei 3,31 Mio. Euro und ist in den Planjahren 2025 auf 12,4 Mio. Euro und in 2026 auf 13,84 Mio. Euro angestiegen. Hinzu kommen weitere Ausgaben für die Schülerbeförderung. Hier lag der Zuschussbedarf des Landkreises im Jahr 2024 bei rund 1,33 Mio. Euro und in den Planjahren 2025 bei 1,53 Mio. Euro sowie 2026 bei 2,42 Mio. Euro. Insgesamt ist festzustellen, dass der Landkreis und die Stadt Ansbach in den letzten Jahren mit steigenden Ausgaben und mit gleichbleibenden bzw. sinkenden Einnahmen zu tun haben. Der Zuschussbedarf des Landkreises für ÖPNV und Schülerbeförderung ist deshalb deutlich angestiegen.

Im flächengrößten Landkreis im Freistaat ist deshalb ein erhöhter Zuschuss notwendig, da sich der Mehrpreis von mehreren Euro pro Kilometer bei Fahrleistungen von über 2 Millionen Kilometer auf enorm hohe Summen, die der Landkreis so nicht dauerhaft stemmen kann, summieren. Auch die Stadt Ansbach hat ein sehr grosses Defizit beim ÖPNV und ist indirekt auch durch die hohen Preissteigerungen im Landkreises betroffen, da mehrere Linien in der Stadt Ansbach enden. Für das Jahr 2026 ist deshalb dringend eine kurzfristige Unterstützung für den flächengrößten Landkreis Ansbach notwendig. Im Doppelhaushalt 2026/27 sind

entsprechende Summen einzustellen, da die bayernweiten ÖPNV-Zuweisungen trotz der starken Kostensteigerungen stagnieren.